

Abstract für die DGPK-Jahrestagung

13.–15. März 2024, Erfurt

Selbstangleichung im Journalismus?

**Zur Dynamik von Vielfalt und Konsonanz der
Medienberichterstattung in drei Krisen**

Einreichung zum Tagungsthema

Der Beitrag ist bislang weder in schriftlicher Form veröffentlicht noch bei einer wissenschaftlichen Tagung eingereicht, akzeptiert oder präsentiert worden

Selbstangleichung im Journalismus? Zur Dynamik von Vielfalt und Konsonanz der Medienberichterstattung in drei Krisen

Fragestellung

In einer idealen Demokratie können sich Menschen anhand einer vielfältigen Medienberichterstattung eigenständige Urteile über gesellschaftlich relevante Probleme bilden. Vielfalt ist deshalb nicht nur eine zentrale Anforderung an den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, sondern allgemein auch ein Kriterium für Medienqualität (z. B. Stark et al., 2021). Eine unabhängige Meinungsbildung ist demnach möglich, sobald entweder jedes einzelne Medium (Binnenpluralismus) oder zumindest verschiedene Medien (Außenpluralismus) in gesellschaftlich relevanten Fragen unterschiedliche Positionen einnehmen. In Demokratien sollte dies grundsätzlich gegeben sein, weil die Medien mehr oder weniger stark ausgeprägte redaktionelle Linien besitzen und dabei unterschiedlichen politischen Positionen nahestehen (*Political Parallelism*). Dennoch mehren sich zuletzt Stimmen, die unterstellen, dass sich Medieninhalte kaum noch voneinander unterscheiden. Die Berichterstattung sei nicht vielfältig, sondern einseitig. Dies gelte insbesondere in Krisenzeiten, in denen sich unterschiedliche Medien rasch auf einen Konsens verständigten. Versucht man, diese Behauptungen theoretisch zu fundieren, bieten sich im Wesentlichen zwei Erklärungsmuster an: 1) Die allgemeine Tendenz zur journalistischen *Koorientierung* verstärkt sich in Krisenzeiten, weil die mit Krisen verbundene Unsicherheit das Bedürfnis erhöht, die eigene Darstellung mit Kollegen abzugleichen (z. B. Zerback, 2013). 2) Die *Indexing-These* (Bennett, 1990) unterstellt, dass sich in Krisen zunächst unter politischen Eliten ein Konsens über die Problembewertung und mögliche Lösungswege herausbildet, dem sich im zweiten Schritt dann auch die Medienberichterstattung anschließt. Diese Annahmen sind mittlerweile zwar in einer ganzen Reihe von empirischen Studien bestätigt worden (z. B. Zaller & Chiu, 1996; Maurer et al., 2022). Diese beschränken sich allerdings meist auf einzelne Krisen(-typen) und lassen die Dynamik des Entstehens von Konsonanz und Vielfalt im Verlauf von Krisen außer Acht. Es ist folglich unklar, ob und unter welchen Bedingungen im Verlauf einer Krise Konsonanz unter Medien mit grundsätzlich unterschiedlichen redaktionellen Linien entsteht und ob es hierbei über einzelne Krisen hinaus generalisierbare Berichterstattungsmuster gibt. Wir wollen diese Fragen im vorliegenden Beitrag durch einen systematischen Vergleich der Medienberichterstattung deutscher Leitmedien über drei Krisen beantworten: die Flüchtlingskrise, die Corona-Krise und die Ukraine-Krise.

Methode

Grundlage der Studie ist eine quantitative Inhaltsanalyse von sechs Leitmedien mit unterschiedlichen redaktionellen Linien: *FAZ*, *Süddeutsche Zeitung*, *Bild*, *Tagesschau*, *Heute* und *RTL Aktuell*. Erfasst wurden jeweils die ersten drei Monate nach Beginn der jeweiligen Krise. Die Fernsehnachrichtensendungen wurden als Vollerhebung codiert, die Printmedien als halbe Stichprobe (in den Analysen hochgerechnet). Erfasst wurden u. a. folgende etablierte Indikatoren für Perspektivenvielfalt (Baden & Springer, 2017): die Präsenz von (pro Beitrag maximal drei) Akteuren, die Bewertung dieser Akteure (5-stufige Skala von „eindeutig positiv“ bis „eindeutig negativ“) und die Bewertung von Maßnahmen zur Problemlösung (selbe Skala). Die 20 an der Untersuchung beteiligten Codiererinnen und Codierer erfassten insgesamt rund 8.500 Beiträge. Die Inter-coderreliabilität der hier verwendeten Kategorien betrug jeweils mindestens .78 (Holsti-Koeffizient).

Befunde und Fazit

Die Berichterstattung über alle drei Krisen war stark von politischen Akteuren dominiert. Dabei zeigt sich ein massiver Präsenzvorsprung der Regierung vor der Opposition um den Faktor 4 bis 6. Zugleich wurde die Regierung allerdings jeweils weit überwiegend negativ bewertet. In allen drei Krisen zeigt sich zu Beginn eine konsonante Berichterstattung. Während dies in der Ukraine-Krise weitgehend so blieb, lösten Ereignisse und politische Entscheidungen die Konsonanz der Berichterstattung in den beiden anderen Krisen vor allem in den Printmedien immer wieder in Richtung der allgemeinen redaktionellen Linien auf, sodass von einer grundsätzlich konsonanten Berichterstattung nicht die Rede sein kann (vgl. dazu die Beispiele in Schaubild 1). Im Vortrag werden weitere Berichterstattungsmuster aufgezeigt, Rückbezüge zu den genannten Theorien hergestellt und Konsequenzen für die politische Meinungsbildung in Krisen diskutiert.

Literatur

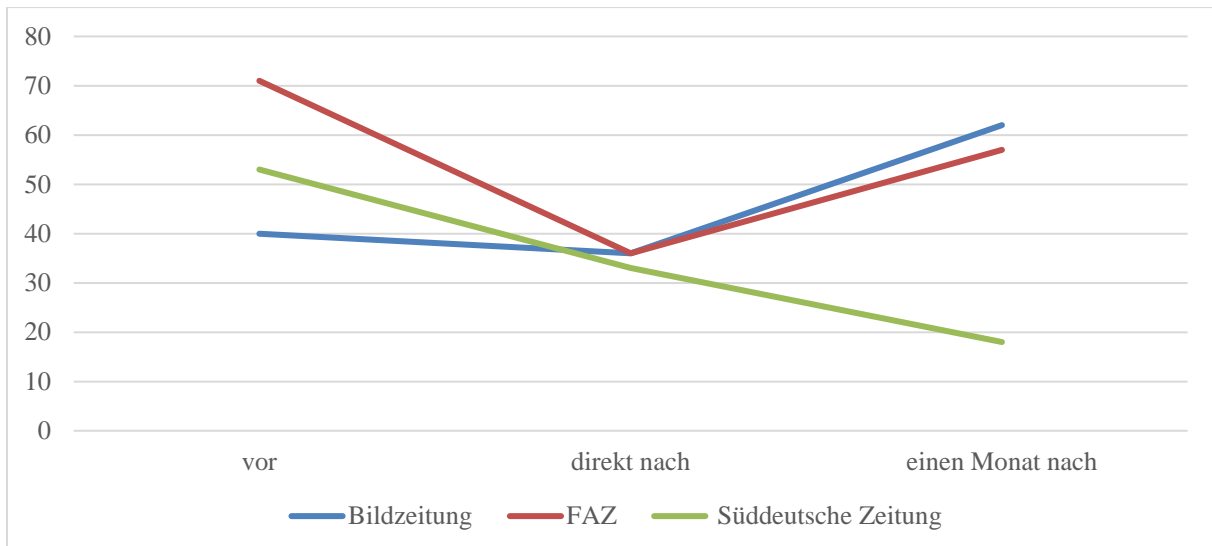
- Baden, C., & Springer, N. (2017). Conceptualizing Viewpoint Diversity in News Discourse. *Journalism*, 18, 176–194.
- Bennett, W. L. (1990). Toward a theory of press-state relations in the United States. *Journal of Communication*, 40, 103–125.
- Maurer, M., Kruschinski, S., Haßler, J. & Jost, P. (2022). Looking over the channel. The balance of media coverage about the “refugee crisis” in Germany and the UK. *Communications*, 47, 219-240.

- Stark, B., Riedl, A., Eisenegger, M., Schneider, J., Udrys, L., Jandura, O. (2021). Qualität des politischen Nachrichtenangebots in Deutschland. *Media Perspektiven*, 9/2021, 430-449.
- Zaller, J., & Chiu, D. (1996). Government's little helper: U.S. press coverage of foreign policy crises, 1945–1991. *Political Communication*, 13, 385–405.
- Zerback, T. (2013). *Publizistische Vielfalt. Demokratischer Nutzen und Einflussfaktoren*. Konstanz: UVK.

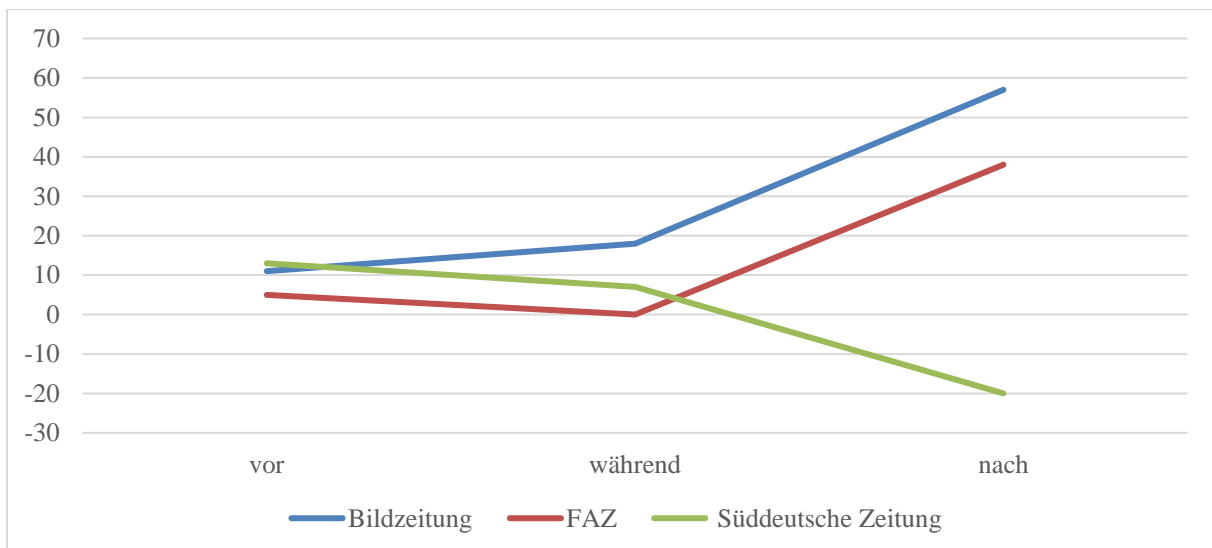
Anhang

Schaubild 1: Entstehung und Auflösung medialer Konsonanz im Krisenverlauf (Beispiele)

- a) Darstellung von Migration als Chance oder Gefahr vor, direkt nach und einen Monat nach der Entscheidung, die Grenzen für Flüchtlinge offenzuhalten (Saldo Gefahr - Chance in %)



- b) Bewertung der Corona-Maßnahmen vor, während und nach dem ersten Lockdown (Saldo „gehen zu weit“ - „gehen nicht weit genug“ in %)



Anmerkung: Der Übersichtlichkeit halber beschränken sich die Grafiken hier auf die drei Printmedien